



## Interpellation

**Interpellation Lisa Etter-Steinlich: Arbeitslosigkeit bei Lehrabgängerinnen und Lehrabgängern; schriftlich**

Lisa Etter-Steinlin und 27 mitunterzeichnende Mitglieder des Grossen Gemeinderates reichten am 29. April 2003 eine Interpellation betreffend „Arbeitslosigkeit bei Lehrabgängerinnen und Lehrabgängern“ ein (vgl. Beilage).

Der Stadtrat beantwortet die Fragen der Interpellation wie folgt:

Waren in früheren Jahren vor allem ältere Arbeitnehmende und solche ohne Ausbildung oder ohne spezielle Qualifizierung von Arbeitslosigkeit betroffen, trifft es in jüngster Zeit auch gut ausgebildete und jüngere Personen. Eine abgeschlossene Ausbildung bietet keine Gewähr mehr, dass der Einstieg in den erlernten Beruf nahtlos möglich ist. Eine Auswirkung der angespannten Arbeitsmarktlage ist, dass die Fluktuation beim Personal zurückgeht und so die Möglichkeiten für Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteiger verschlechtert werden. Ein Paradoxon besteht oftmals auch darin, dass Arbeitgeber wohl junge Arbeitnehmende suchen. Diese sollten aber über Berufserfahrung verfügen und trotzdem bereit sein, zum Lohn von Berufseinsteigerinnen oder Berufseinsteigern zu arbeiten.

In der Stadtverwaltung werden seit jeher Jugendliche zu Berufsleuten ausgebildet, einerseits zur Sicherung des eigenen Berufsnachwuchses aber auch als Ausbildungsbeitrag. Konnten in den vergangenen Jahren den Lehrabgängerinnen und Lehrabgängern immer Stellen angeboten werden, ist es in diesem Sommer nicht möglich, allen Absolventinnen und Absolventen der kaufmännischen Ausbildung eine Stelle anzubieten.

Zu Frage 1: Wie oben erwähnt ist es diesen Sommer nicht möglich, allen Lehrabgängerinnen und Lehrabgängern der kaufmännischen Lehre eine ihrer Ausbildung entsprechende Stelle in der Stadtverwaltung anzubieten. Von den acht Absolventinnen und Absolventen können drei weiterbeschäftigt werden. Fünf Lehrabgängerinnen und Lehrabgängern wird im Anschluss



an die Lehre die Möglichkeit geboten, in der Stadtverwaltung während sechs Monaten ein Berufspraktikum zu absolvieren, wo sie zusätzliche Qualifikationen und Berufspraxis erwerben können und auch Zeit gewinnen, um in den erlernten Beruf einsteigen zu können. Ergibt sich während des Praktikums eine feste Beschäftigungsmöglichkeit in der Stadtverwaltung oder extern, können Interessierte kurzfristig aus dem Praktikum aussteigen. Den Lehrabgängerinnen und Lehrabgängern der übrigen Lehrberufe, die weiter in der Stadtverwaltung arbeiten möchten, kann eine entsprechende Stelle angeboten werden.

Zu Frage 2: Über die Thematisierung der Frage der Probleme der Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger anlässlich von Zusammenkünften und Aussprachen mit Wirtschaftsorganisationen hinaus hat der Stadtrat keine Handhabe, private Betriebe zu einem Beitrag zur Lösung des Problems zu bewegen.

Zu Frage 3: Die Berufspraktika für die Absolventinnen und Absolventen der kaufmännischen Lehre in der Stadtverwaltung werden in enger Zusammenarbeit mit dem RAV organisiert. Dies hat den Vorteil, dass die Betroffenen auch von Stützangeboten, bspw. Bewerbungskurse, des RAV profitieren können. Eigentliche Beschäftigungsprogramme fallen seit der Kantonalisierung des RAV in den Zuständigkeitsbereich des Kantons. Schon in der Vergangenheit wurden und werden Teilnehmende an Beschäftigungsprogrammen des RAV in der Stadtverwaltung beschäftigt und bei Eignung und Bedarf fest angestellt.

Der Stadtpräsident:  
Christen

Im Namen des Stadtrates  
Der Stadtschreiber-Stellvertreter:  
Venanzoni

Beilage:  
Interpellation Lisa Etter-Steinlin vom 29. April 2004

